

Potsdam, d. 20.06.2024

**Top 20: Bericht der Landesregierung zur Evaluation, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Aktionsplans Queeres Brandenburg (AP Queer) - gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 09.06.2016 (Drucksache 6/4295[ND]-B)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 7/9538  
vom 16.04.2024

Rede der jugendpolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

als ich 17 war-das ist schon ein bisschen her- nämlich 1983 outete sich mein Freund Tommy: „Leute ich bin schwul.“, offenbarte er uns. Wir haben ihn angeschaut und gesagt: „Wissen wir schon, und kein Problem. Aber was ist mit Dir?“. Er hatte einiges zu erzählen: Vom Hin- und Hergerissen sein, nicht zu passen, von verbalen und körperlichen Übergriffen, von Verletzungen seiner Seele, vom „Nichtverstandenwerden“ und Ablehnung durch seinen Vater, von Ängsten, vom Glück uns zu haben und gleichzeitig allein zu sein.

Als Lehrerin - 10 Jahre später - wusste ich: wir müssen darüber in der Schule reden, sensibilisieren, Jugendlichen die Möglichkeit geben sich zu informieren, sich zu öffnen, Fragen beantworten, Wissen vermitteln. Habe ich gemacht. Und das war gut so. Bis meine Schüler und Schülerinnen sagten, Frau Dannenberg- es ist genug- wir sind gut dabei. Wir wissen, wir verstehen. Schon damals in den 90igern gab es Projekte, die ich nutzen konnte als Lehrerin. Hat sich was geändert? 2024 - dreißig gar vierzig Jahre später? Ist das queere Thema angekommen in der Gesellschaft? Haben wir diese Toleranz erreicht? Tommy hat sich vor 2 Jahren mit 55 Jahren das Leben genommen, trotz Karriere, trotz Freundeskreis, trotz Beziehungen. Das Alleinsein blieb anscheinend.

Sehr geehrte Abgeordnete, sie haben sicher alle den Aktionsplan gelesen. Nach wie vor erfahren LSBTIQ-Personen laut Studie des MSGIV Diskriminierungen, 48 % der Befragten berichten davon. Sie erzählen von negativen Erfahrungen, Benachteiligung, Ausgrenzung und Ablehnung. Besonders betroffen sind Trans-Personen, die mit Beleidigungen und körperlichen Angriffen kämpfen müssen. Die allgemeine Stimmung gegenüber queeren Menschen hat sich im letzten Jahr erheblich ins Negative verschoben. Angriffe auf Menschen im Rahmen von Demonstrationen wie z. B. beim Christopher-Street-Day, Übergriffe auf die Regenbogenflagge. Die Studie „Die distanzierte Mitte“ kommt zu dem Ergebnis, dass 16 % es als ekelhaft empfinden, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen; 17 % finden es albern, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt. Fazit der Studie: Inzwischen teilt jede 12. Person ein rechtsextremes Weltbild. 6 % mehr als 2021.

Sehr geehrte Abgeordnete, daher ist der Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg“ so wichtig. Damit sendet das Land ein klares Signal für Vielfalt und Toleranz. Die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen soll die Lebenssituation von LSBTIQ-Personen spürbar verbessern; für ihre Gleichstellung und Akzeptanz. Wir setzen ein Zeichen gegen Diskriminierung! Richtig so.

Meine Fraktion dankt Ministerin Nonnemacher und ihrem Haus- insbesondere auch für die Organisation eines gelungenen partizipativen Prozesses zur Fortschreibung des Aktionsplanes von 2018. Sie haben es geschafft Expert\*innen aus der Community, Wissenschaft, Forschung und Kultur gemeinsam mit der Verwaltung auf Augenhöhe in den Arbeitsgruppen zu binden. Genau dieses Verfahren sorgte für lebensweltnahe Ergebnisse.

Und, es ist gelungen, die vorher unbelichteten Bereiche, wie z.B. Queere Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe aufzuwerten. Mit dem Bekenntnis zum Strukturaufbau im ländlichen Raum wird ein klarer Auftrag an die kommunale Ebene formuliert, den es bislang nicht gab.

Dieser Aktionsplan wird die Arbeit der queeren Communities und der Landesregierung deutlich prägen. Jedoch ist der beste Plan nichts wert, wenn nicht eine passende Finanzierung in auskömmlicher Höhe folgt. Wenn wir den Aktionsplan ernst nehmen wollen, können wir auf dem bisherigen Niveau nicht bleiben. Die Community beziffert den Bedarf bei rund 750.000 Euro.

Wir müssen dringend von der „Projektitis“ mit ihren giftigen Auswirkungen wegkommen. Aufgabenfelder, die ein Regelanbot gewährleisten oder strukturelle Grundlagen sind, müssen langfristig planungssicher arbeiten können. Sie in den jährlichen Existenzsicherungsstress zu schicken, ist unverantwortlich. Es braucht Rahmenbedingungen, die der Arbeitswirklichkeit der Träger entsprechen: Festbetragsfinanzierung, mehrjährige Antragslaufzeiten, ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen.

Wenn wir unsere Demokratie stärken wollen - gerade jetzt - müssen wir zivilgesellschaftliche Träger im Bereich der sozialen Infrastruktur und demokratiefördernde Akteure nachhaltig verankern!

Besonderes Augenmerk muss auf junge Menschen gerichtet werden! Ein Großteil der Lsbtiq-Jugendlichen erleben ihr Coming-Out im Alter zwischen 14- und 26 Jahren, im Kontext der Schule und der Ausbildung.

Jedoch ist es noch immer so, dass junge Menschen gerade an Bildungsorten aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität Beleidigungen, homophobem Mobbing und Gewalt durch Mitschüler, auch durch Lehrkräfte ausgesetzt sind. In der online-Umfrage zum Aktionsplan berichten 17 % der Jugendlichen von körperlichen Übergriffen durch Mitschüler\*innen und 7 % der Befragten zudem von Übergriffen des Lehrpersonals. Die Folgen sind klar: Unsicherheit, Angst, innerer Rückzug, Depression, Selbstzweifel, Leistungsabfall, Schulschwänzen... ein Kreislauf. Das häufigste Problem: Einsamkeit. Alarmierend ist der Befund eines stark erhöhten Suizidrisikos.

Daher ist es eine existenzielle Aufgabe, dem entgegenzuwirken und Projekte wie z.B. „Bildung unterm Regenbogen“ zu erhalten und zu stärken. Denn Schule muss ein Ort sein, an dem alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen willkommen sind und lernen können. Die Notwendigkeit, dass Vielfaltsthemen - also auch Antidiskriminierungsarbeit zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an Schulen verankert und sichtbar gemacht werden müssen durch schulische und außerschulische Bildungsangebote - liegt klar auf der Hand. Dazu kann der Aktionsplan einen Beitrag leisten.